

IGOKD * Neil-Armstrong-Str. 1b * 63457 Hanau a.M.

Hanau am Main / Berlin cm/ mm 2025

28.01.Januar 2026

An die SED-Opferbeauftragte

Frau Evelyn Zupke

An die Landesbeauftragten

sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte
Landesbeauftragte,

mit großem Interesse haben wir die Ergebnisse des
Forschungsprojekts zu „Zwangsadoptionen in der SBZ/DDR
1945–1989“ zur Kenntnis genommen. Wir begrüßen
ausdrücklich, dass dieses Thema wissenschaftlich
aufgearbeitet wird. Zugleich möchten wir als
Interessenvertretung der Betroffenen einige kritische Punkte
ansprechen, die aus unserer Sicht zwingend in die weitere
Forschung und öffentliche Diskussion einbezogen werden
müssen.

1. Betroffene stehen im Mittelpunkt – nicht nur Aktenbestände

Die IGOKD vertritt seit 2023 als Dachverband unabhängig
auch Menschen, die in der DDR den Verlust ihrer Kinder oder
ihrer Eltern erlitten haben. Für sie ist die Frage der
Aufarbeitung nicht in erster Linie eine Frage von Aktenlage
oder Beweisführung, sondern eine zutiefst menschliche und
biografische. Wie sie alle wissen, wurden die brisanten Akten
in der Wendezeit auf Befehl des Ministers Mielke / MFS



**Gerechtigkeit
der Opfer der
kommunistischen
Diktatur e.V.
IGOKD / Dachverband**

Sektion Deutschland

Neil-Armstrong-Straße 1b
D - 63457 Hanau am Main

1.Vorsitzender
Mike Mutterlose

Stellv. Vorsitzender
Dr. Hans D. Ripperger

Schatzmeisterin
Andrea Rugbarth

Beisitzer
Gundhardt Lässig
Andreas Hartlep

Kontoverbindung Deutsche
Skatbank

IBAN
DE59 8306 5408 0005 4337 97
BIC
GENODEF1SLR

**www.initiative-fuer-
gerechtigkeit-von-sed-
opfern.de**

ini.gerechtigkeit@gmx.de

vernichtet. Die Jugendämter in der DDR waren auch sensible Einrichtungen die gezielt mit staatstreuen Mitarbeitern besetzt waren. Sich jetzt auf fehlende Aktenlage oder mangelnde Beweise zurückzuziehen mag juristisch für Sie einwandfrei zu sein spiegelt aber nicht die Wahrheit in der DDR wider. Ich vermute mal das Sie das auch wissen.

Viele Betroffene leben bis heute mit offenen Fragen, mit traumatischen Erfahrungen und mit dem Wunsch nach Klärung und – wo möglich – Wiederannäherung oder Wiedervereinigung mit ihren Angehörigen.

Deshalb möchten wir betonen: **Aufarbeitung darf nicht an der Grenze der Akten enden. Sie muss bei den Menschen beginnen.**

2. Zeitzeugenberichte zeigen deutlich mehr als die Studie abbildet

Die Darstellung im Film „*Die Frau vom Checkpoint Charlie*“ basiert auf realen Erfahrungen einer Mutter, die über Jahre gegen staatliche Willkür kämpfte, um ihre Kinder zurückzubekommen. Ihre Schilderungen – wie auch die vieler anderer Betroffener – zeigen sehr klar, dass Zwangsadoptionen nicht nur als Druckmittel, sondern als gezielte Maßnahme eingesetzt wurden.

Diese Berichte sind keine Einzelfälle. Sie sind Teil eines Musters, das sich in vielen Lebensgeschichten wiederfindet.

Daher überrascht uns die Aussage der Studie, es gebe keine Hinweise auf ein systematisches politisches Vorgehen. **Die Erfahrungen der Betroffenen sprechen eine deutlich andere Sprache.**

3. Die Rolle des MfS wurde nicht ausreichend untersucht

Die Fokussierung der Studie auf die Jugendhilfe greift aus unserer Sicht zu kurz. In nahezu allen politischen Strafverfahren der DDR war das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) die zentrale steuernde Instanz.

Das gilt auch für Fälle von Kindesentzug und Adoption.

- Das MfS erarbeitete Maßnahmenkataloge.
- Es überwachte Familien.
- Es entschied über „Erziehungsfähigkeit“ im Sinne der Staatsdoktrin.
- Es beeinflusste, an wen Kinder vermittelt wurden – häufig an politisch loyale Familien oder sogar an Mitarbeiter des MfS.

Diese Zusammenhänge sind historisch belegt und wurden von zahlreichen Zeitzeugen bestätigt.

Eine Aufarbeitung, die das MfS nur am Rande betrachtet, kann der Realität der Betroffenen nicht gerecht werden.

4. notwendig: Eine unabhängige Forschungsstelle und aktive Fallklärung und gezielte Unterstützung der Opfer

Wir plädieren daher nachdrücklich für die Einrichtung einer **unabhängigen, dauerhaft finanzierten Forschungs- und Anlaufstelle**, die:

- Fälle von mutmaßlichen Zwangsadoptionen systematisch untersucht,
- Betroffene aktiv unterstützt,
- Recherchen über Behörden- und Archivgrenzen hinweg koordiniert,
- und – wo gewünscht – Angehörige wieder zusammenführt.

Viele Betroffene sind heute im hohen Alter. **Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ihnen endlich Klarheit und Anerkennung zu ermöglichen.**

5. Schlussbemerkung

Wir danken Ihnen für Ihre Arbeit und die Bereitschaft, dieses schwierige Kapitel der DDR-Vergangenheit wissenschaftlich zu beleuchten. Gleichzeitig bitten wir darum, die Perspektive der Betroffenen stärker einzubeziehen und die Rolle des MfS in zukünftigen Untersuchungen umfassend zu berücksichtigen. Das die Redebeiträge von Frau Gericke Mitglied in unserem Dachverband nicht gezeigt wurden finden wir sehr bedauerlich und auch nicht in der weiteren Arbeit dazu förderlich. Wir finden das ein solch sensibles und emotionales Thema auch einer von allen Seiten beleuchtender Weise gestaltet werden sollte.

Nur eine Aufarbeitung, die alle Ebenen des damaligen staatlichen Handelns einbezieht, kann dem Leid der Betroffenen gerecht werden, das Thema wird uns noch lange begleiten und wir werden nicht ruhen, bis alles dazu aufgeklärt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Initiative für Gerechtigkeit der Opfer der Kommunistischen
Diktatur e.V./ Dachverband

Mike Mutterlose



Bundesvorsitzender der IGOKD

Vorsitzender Der Vereinigung(AK) 17.Juni 1953 e.V.



Initiative for Justice of Victims
of the Communist Dictatorship



Initiative for Justice of Victims
of the Communist Dictatorship